



Nachgefragt

Citoyen Hannes Androsch, Industrieller und Präsident des Rats für Forschung und Technologieentwicklung (RFTE), plädiert für eine Regierung mit fachlicher Kompetenz sowie nötiger Zukunftsperspektive. Er hat in der Ära Kreisky als Finanzminister und Vizekanzler die Geschicke Österreichs gelenkt und ist in Wirtschafts- und Politikfragen häufig konsultierte Autorität.

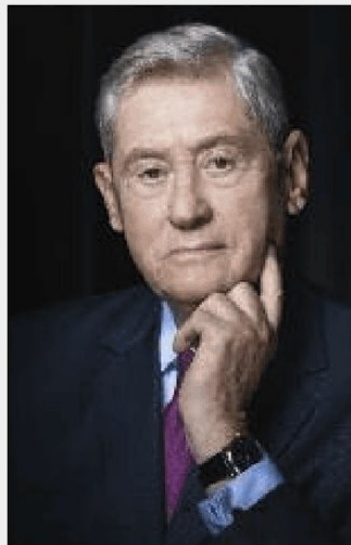
Die abberufene Regierung, das Kabinett Kurz I, war in jedem Fall reformfreudig. Was ist ihr dabei gelungen?

► Einen Eindruck zu erwecken, der den Tatsachen nicht entsprochen hat. Erstens, sie haben eine Harmonie vorgegaukelt, die nicht existiert hat. Und zweitens haben sie Ankündigungen gemacht und Versprechungen gegeben, die sie nicht eingehalten haben. Zwei Beispiele dafür: Sie haben am 16. August einen umfassenden Ministerratsvortrag beschlossen zu Forschung, Technologie, Wissenschaft, Innovation, ausgenommen die nötigen Mittel zur Umsetzung dafür bereitzustellen. Die wurden später versprochen, um bei einem FTI-Gipfel am 7. Mai nachgeliefert zu werden. Dieser wurde jedoch abge sagt.

Diese Regierung hat außerdem versprochen, die kalte Progression zu beseitigen. Davon sollte keine Rede mehr sein. Der Spitzensteuersatz sollte bleiben, sodass die Progression sich sogar noch verschärft hätte – und die zu einem späteren Zeitpunkt angedachten Entlastungen hätte in der Zwischenzeit durch die heimliche Steuererhöhung, die kalte Progression, der Steuerzahler längst schon selber wieder bezahlt, sodass sicherlich daraus a) keine Verringerung der Gesamtsteuerbelastung eingetreten wäre und b) auch der riesige Steuerkeil zwischen Arbeitskosten und Bruttolohn sich nicht verändert hätte.

Im Bereich Bildung hat sich wenig bewegt ...

► Man hat sicher Verständnis, dass Projekte, die hohe Ausgaben verursachen, nicht aus dem Ärmel geschüttelt werden können. Aber das Rauchverbot aufgehoben zu haben hat mit Budgetbelastungen überhaupt nichts zu tun, ist aber zugleich gesundheitspolitisch ein Schlag ins Kontor und eine zynische Negierung von mehr als 900.000 Unterschriften. Vor allem bei der Bildung ist ein eklatanter Rückschritt eingetreten. Statt die verschränkte Ganztagschule und die ganztägige elementarpädagogische vorschulische Betreuung zu intensivieren, ist man nach rückwärts losgegangen und hat ein schlechtes Schulsystem weiter verschlechtert und die Integration und die soziale Durchlässigkeit zusätzlich behindert.



Hannes Androsch

Foto: Simonis

Beim Wettbewerbsranking des Schweizer IMD sind wir jetzt von Platz 18 wieder auf 19 gerutscht. Österreich war bereits unter den ersten zehn vor einigen Jahren. Werden wir mit einer schlechteren Wirtschaftslage in den nächsten Jahren nicht automatisch noch weiter zurückrutschen?

► Wir kommen aus dem Mittelfeld nicht heraus. Es geht uns offensichtlich alles in allem gesehen vergleichsweise gut. Wenn man es mit der Schweiz oder den Niederlanden oder Schweden vergleicht, könnte es uns besser gehen, wenn wir unsere Hausaufgaben gemacht hätten oder machen würden. Da wir das aber weiterhin nicht tun, sondern nur selbstdarstellende Scheinaktivitäten produzieren, droht es uns schlechter zu gehen, denn durch alle möglichen Ausnahmen hat man dem Ansehen Österreichs mehr als geschadet und das Land mit einer unüberlegten Europa- und Außenpolitik in die Isolierung gebracht. Wenn Sie schauen, wo heute internationale Treffen stattfinden und wer als Vermittler gebeten wird, so ist das die Schweiz, ist das Norwegen, ist das Finnland, ist das

Schweden – aber ganz sicher nicht Österreich, und das war früher anders.

Die nun amtierende Regierung soll verwalten.

► Zunächst einmal bietet auch eine sogenannte Verwaltungsgovernment Handlungsspielraum, den man nutzen könnte. Also zum Beispiel die Umsetzung der Exzellenzinitiative ist budgetär kein weltbewegendes Thema, könnte man verwirklichen. Die Dotierung des Nationalfonds und des Österreichfonds laufen mit Ende dieses Jahres aus, das könnte und müsste man verlängern. Das Rauchverbot gehört wieder im Interesse der Gesundheit eingeführt. Also es gibt eine ganze Liste von sinnvollen Maßnahmen ohne oder ohne große budgetäre Auswirkungen, die Verbesserungen bringen würden und die man also auch in einer Übergangsregierung umsetzen kann und umsetzen soll. Eine künftige Regierung – wenn sie Erfolg haben will – wird auf Kooperation und Zusammenhalt und nicht auf Konflikt und Spaltung ausgerichtet sein müssen. Das ist ein Appell, der sich an alle Beteiligten richtet.

Was muss dennoch getan werden?

► Was zu tun ist, ist überhaupt keine Frage. Das ist sowohl vom Währungsfonds als auch von der OECD in ihren Länderberichten aufgelistet. Und auch die EU-Kommission beschreibt es. Was die erforderlichen Inhalte anlangt, sind die Vorschläge am Tisch oder liegen in der Schublade im Schreibtisch. Aber Politik heißt zukunftsorientiertes Gestalten, also ist das, was ohnehin längst als wichtig und wünschenswert erkannt wurde, einfach umzusetzen. Dazu gehört auch der aus Österreich kommende Regulierungswahn und seine bürokratischen Auswüchse. Das gilt auch für EU-Vorschriften, die bei uns dermaßen umgesetzt werden, dass es selbst in Brüssel Kopfschütteln auslöst – Stichwort: Golden Plating. Wir sind päpstlicher als der Papst. Und in zynischer Schmähtandlerei sagen wir, die böse EU. Wir sind es aber selbst, müssen uns also bei der eigenen Nase nehmen.